H-01/01

Änderungsantrag zu H-01 * Mit Bündnisgrüner Solidarität gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Hannah Marie Neumann KV Berlin-Lichtenberg * Daniela Cappelluti KV Frankfurt
Tagesordnungspunkt:	H Haushalt

Antragstext

Wir Grünen machen uns gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung stark, sei es im Kampf gegen Antisemitismus, Sexismus, Rassismus, Transphobie und/oder Homophobie. Wir engagieren uns für Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie. Das gefällt nicht allen, manche reagieren darauf mit geballtem Hass. In den letzten Jahren gab es immer wieder politisch motivierte Angriffe auf ehrenamtlich aktive und politisch sichtbare Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen. Die Fälle von Hate Speech im Netz, Verleumdungen, Bedrohungen (auch von Familienmitgliedern), tätlichen Angriffe, Sachbeschädigung von Geschäftsstellen oder Privathäusern etc. nehmen leider zu und sie beschränken sich längst nicht mehr nur auf medial sichtbare und prominente Vertreter*innen unserer Partei. Auch Kommunalpolitiker*innen, Kreisvorstände oder LAG Mitglieder sind betroffen und es ist zu erwarten, dass die Zahl der Angriffe mit der Zunahme von kommunalpolitischen Mandaten weiter steigen wird.

So sehr diese Angriffe zeigen, dass unser leidenschaftlicher Einsatz wirkt; mit ihnen geht auch eine starke psychische und physische Belastung für die Betroffenen einher. Meist ist der Hass dort am extremsten, wo es unseres Eintretens für Demokratie und Menschlichkeit am stärksten bedarf. Er trifft vor allem unmittelbar diejenigen, die sich vor Ort meist ehrenamtlich für Grüne Inhalte stark machen. Dem gemeinsam entgegen zu treten und diejenigen zu unterstützen, die sich dieser Aufgabe stellen, ist auch eine Frage der innerparteilichen bündnisgrünen Solidarität.

Bisher gelingt es Bundes- und Landesbehörden nur mangelhaft, politisch aktive Menschen vor derartigen Angriffen zu schützen. Deswegen wirken unsere Bundestags- und Landtagsfraktionen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich bereits auf die Schaffung derartiger Beratungs- und Unterstützungsangebote hin. Bis aber ein flächendeckendes und verlässliches bundesweites Netz an Anlaufstellen geschaffen ist, ist es Aufgabe der Partei Bündnis 90/Die Grünen ihre Mitglieder vor solchen Übergriffen bestmöglich zu schützen, sie bei konkreten Vorfällen zu beraten und Strategien zu entwickeln, um die Zahl und das Ausmaß der Angriffe so gering wie möglich zu halten. Die Vermittlung einer adhoc Rechtsberatung, wie sie die

Bundesgeschäftsstelle bereits anbietet, ist ein guter erster Schritt. Sie reicht aber nicht aus.

Deswegen fordern wir den Bundesvorstand auf, in Kooperation mit den Landes- und Kommunalverbänden bis spätestens zum 01.04.2020 eine neue Stelle in der Bundesgeschäftsstelle zu schaffen, die Menschen, die sich gegen rechte Hetze und Gewalt einsetzen, bei akuten Bedrohungen und Hass unterstützt, in dem sie

- für Mitglieder und ihr soziales Umfeld in Bedrohungssituationen telefonisch erreichbar ist und Nothilfe leistet bzw. passende weiterführende Angebote und Schritte bespricht und den Weg begleitet (bspw. Rechtsanwalt, mobile Beratung, Meldesperre, psychologische Unterstützung, Polizei, Staatsanwaltschaft),
- die aktuelle Bedrohungslage im Blick behält und potentiell gefährdete Mitglieder (bspw. bei Neuaufnahme eines kommunalpolitischen Mandats in Risikoregionen) zu möglichen Sicherheitsmaßnahmen berät,
- derartige Vorfälle anonymisiert dokumentiert und so Veränderungen in der Bedrohungslage analysiert und transparent macht. Diese Analyse kann dazu dienen, den Druck auf staatliche Behörden zu erhöhen und entsprechende Anlaufstellen auf allen Ebenen zu schaffen und
- Schulungsangebote für Landes- und Kreisverbände zum Umgang mit Hass und politisch motivierter Gewalt organisiert.

Da wir in unserem Einsatz gegen den Hass nicht allein sind, empfehlen wir diese Beratung auch für Nichtmitglieder zu öffnen; zumindest solange, bis ein verlässliches bundesdeutsches Netz an Anlaufstellen geschaffen wurde.

Zur Finanzierung der Stelle schlagen wir vor, dass pro Mitglied ein Euro vorab von der Summe der staatlichen Teilfinanzierung, die von der Bundestagsverwaltung an die Grünen ausbezahlt wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt wird. Damit tragen alle Ebenen der Partei ihren Anteil an der Umsetzung.

Begründung

Geeinter Antrag aus V-11 und V-12

weitere Antragsteller*innen

Sabrina Staats-Kriszeleit (Main-Taunus KV); Paula Louise Piechotta (Leipzig KV); Mathias Engling (NWM/Wismar KV); Gollaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Madeleine Henfling (Ilm-Kreis KV); Laura Sophie Dornheim (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kordula Schulz-Asche (Main-Taunus KV); Kathrin Klaas (Frankfurt KV); Mona Hille (Berlin-Mitte KV); Daniela Cappelluti (Frankfurt KV); Julia Eberz (Frankfurt KV); Peter Heilrath (München KV); Alexandra Alth (Reutlingen KV); Stephanie Schuhknecht (Augsburg-Stadt KV); Anett Dreisvogt (Hameln-Pyrmont KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Stefan Wolters (Köln KV); Felix Holefleisch (Bremen-Mitte KV); Jonathan Sieger (Köln KV); sowie 100 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.